

GENTECHNIK

Rezept für ein Desaster



Dem Mais sieht man's nicht an, ob er genetisch verändert wurde oder nicht. Nun hat die EU-Kommission erstmals das Saatgut von 17 Genmais-Sorten europaweit zum Verkauf freigegeben. (Foto: version)

Prinzip Vorsorge heißt das Rezept der neuen Regierung, wenn es um GMO geht. Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo wünscht sich Luxemburg gar als gentechfreie Zone. Aus Brüssel kommt eine andere Devise.

"Sehr vorsichtig" will Luxemburgs neue Regierung vorgehen, wenn es um den Einsatz von Genetisch Modifizierten Organismen (GMO) in der Landwirtschaft oder in Lebensmittelproduktion geht. Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo spricht zu Beginn der Legislaturperiode deutliche Worte: "Wir sind der Meinung, dass es in Luxemburg keinen Grund gibt, auf diesen Zug aufzuspringen."

Der Einsatz von Gentechnik sei "nicht das beste Beispiel für eine nachhaltige Entwicklung", zudem sei die Bilanz der bisherigen Erkenntnissen auf diesem Gebiet kaum eine "große Erfolgsstory". "Wir sind der Meinung sind, dass nicht alle Bedenken aus dem Weg geräumt wurden", so der Minister. Auf europäischer Ebene "bleiben wir auf der Seite der Länder, die eine ablehnende Haltung gegenüber GMO haben", verkündet Di Bartolomeo. Und: "Wir werden

alles tun, um diese Position zu halten."

Dabei zählt der Minister auf die Unterstützung der bislang ebenfalls kritischen Mitgliedstaaten. "Deshalb wird es das Moratorium gegenüber Gentechprodukten in der Europäischen Union de facto weiter geben", prophezeit Di Bartolomeo. Ein frommer Wunsch, der jedoch schon bald von der Realität eingeholt werden könnte. Inzwischen hat nämlich die Europäische Kommission zum Angriff gegen Gentech-Skeptiker geblasen und am 9. September einen historischen Beschluss gefasst: Sie nahm 17 gentechnisch veränderte Maisarten in das Saatgutregister der EU auf und gab damit den Samen solcher Sorten erstmals EU-weit zum Verkauf frei.

Also auch in Luxemburg. Theoretisch hat nun auch hierzulande ein Mais-Bauer das Recht, das Saatgut einer dieser Sorten der Firma Monsanto zu erwerben und auf seinem Acker auszusäen. Immerhin könnten die Landwirte auch hierzulande den entscheidenden Vorteil des Gentech-Maises nutzen: seine Resistenz gegenüber dem Maiszünsler, einem Schädling, der in Luxemburg zwar weniger relevant ist als in den südlichen EU-Staaten, dessen Vorkommen jedoch in den vergangenen Jahren stetig zunahm. "Das ist reine Theorie, kein Luxemburger Landwirt wird den neuen Mais in der Praxis aussäen", erklärt jedoch Marc Weyland, Leiter der Abteilung Pflanzenbau in der Administration des Services Techniques de l'Agriculture (Asta). "Die Sorten sind für ein wärmeres Klima geeignet und werden bei uns gar nicht reif."

Gefährliche Gesetzeslücke

Noch einmal Glück gehabt, werden sich die Gentech-GegnerInnen sagen. Denn: Gegen die Aussaat einer EU-weit zugelassenen Sorte hätte auch ein noch so kritischer Umwelt- oder Landwirtschaftsminister keine Handhabe. "Hier besteht eine gefährliche Gesetzeslücke", beklagt Martina Holbach von Greenpeace. Angesichts der neu zugelassenen Sorten sprechen Umweltorganisationen wie Friends of the Earth vom "Rezept für ein Desaster". Besagtes Saatgut sei schon Jahren in Frankreich und Spanien in den nationalen Saatgutregister eingetragen und würde dort "ohne Probleme" angebaut, kontert

EU-Kommissar David Byrne. Die Aufnahme in die EU-Liste sei ein längst fälliger Schritt.

Doch wie können gentechfreier Ackerbau und solcher, der sich genetisch veränderter Organismen bedient, nebeneinander existieren? Diese Frage ist bislang keineswegs auf europäischer Ebene gesetzlich geregelt. Die Kompetenz, diese Koexistenz zu regeln, liegt bei den Ländern selbst. Doch obwohl GMO bereits in manchen Mitgliedstaaten den Weg vom Labor ins Freiland gefunden haben, fehlen auch auf dieser Ebene die entsprechenden Gesetze. So auch in Luxemburg. Zwar gibt es seit vergangenem Jahr ein Gesetz zur Freisetzung von GMO, diese Regelung betrifft jedoch nur den Anbau von genmanipulierten Pflanzen, die bislang nicht EU-weit zugelassen wurden.

"Ich sehe nicht direkt den Sinn eines Gesetzes über die Koexistenz", so die erstaunliche Aussage des Gesundheitsminister Bartolomeo, "weil ich der Meinung bin, dass Koexistenz in Luxemburg praktisch nicht möglich ist." Luxemburgs Ackerland ist zu klein strukturiert, um im Falle einer Freisetzung von GMO die "Infizierung" der Rest-Landwirtschaft zu verhindern. Ein entsprechendes Gesetz zur Koexistenz liegt jedoch im Landwirtschaftsministerium bereits in der Schublade. Die Umweltschutzorganisationen fordern seit Jahren ein solches Gesetz. In einem Schreiben an die neue Regierung spricht sich Greenpeace zudem für eine Politik aus, "die Luxemburg als OGM-freie Zone garantiert". "Das wäre wünschenswert", findet auch Di Bartolomeo. Man müsse jedoch sehen, wie aussichtsreich eine solche Position ist. "Das dürfen wir nicht", sagt denn auch der Vertreter aus dem Landwirtschaftsministerium.

In der Tat werden den Erklärungen gentechfreier Territorien von Brüssel aus Knüppel in den Weg geworfen. Ein Verstoß gegen das Prinzip des offenen Europäischen Binnenmarktes, mahnt die Kommission. "Das Gesetz zur Koexistenz muss auch erst von der Europäischen Kommission genehmigt werden", sagt Marc Weyland. "Wie wirksam es sein wird, hängt davon ab, wie strikt die Regelungen ausfallen werden." Bislang habe man im Regierungsrat "noch keine fundamentalen Diskussionen geführt", verkündet Di Bartolomeo, der jedoch betont: "Für uns bleiben die Einwände in Bezug auf die Koexistenz bestehen." Diese ersten Aussagen dürften Umweltschutzorganisationen mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen. "Wie es mit dem Moratorium weitergeht", sagt Martina Holbach, "ist eine Frage des Widerstandes gegen den offensichtlichen Wunsch der Kommission, Gentechnik um jeden Preis durchzusetzen."

Danièle Weber

Culture industrielle: parents pauvres, réunissez-vous!

Cela ressemblait plus à un brainstorming interne qu'à eine kontroverse politische. Lundi dernier, une table ronde proposée par le Fonds Belval réunissait une demi-douzaine d'acteurs s'occupant de la culture industrielle dans notre pays. Le projet du Fonds Belval de faire du site des hauts-fourneaux non seulement un musée voué à l'industrie luxembourgeoise, mais aussi le centre de pilotage d'un "réseau de la culture industrielle" a été accueilli avec un consentement prudent. Ce réseau doit lier et coordonner les actions pour le moment éparpillées de structures comme le Centre des migrations, le Musée national des mines de fer ou encore le Musée des ardoisières.

Une bonne chose, trouvait-on, mais qu'en est-il des apports financiers de l'Etat, déjà insuffisants aujourd'hui? Seront-ils redistribués voire absorbés par le nouveau Centre? Le ministre de la Culture François Biltgen (CSV) avait beau définir la création d'un tel réseau comme un de ses plus grands défis, les institutions ayant de près ou de loin à faire avec la culture industrielle sont confrontées depuis des années avec la pénurie personnelle et financière - ce qui vaut d'ailleurs en général pour les instituts culturels luxembourgeois. Au point qu'une lettre collective des instituts aux responsables politiques avait demandé un plan de recrutement spécifiquement "culture" - sans écho jusqu'ici.

Même chose pour la collaboration avec la nouvelle université, fortement utile pour tous les instituts, qui ressentent la nécessité d'un relais scientifique pour leurs recherches et activités. Or le domaine de l'histoire sociale et des sciences sociales en général a toujours été le parent pauvre du projet d'université. Là encore, François Biltgen a renvoyé à la volonté du gouvernement, exprimée dans l'accord de coalition, d'encourager les recherches ayant trait à l'"identité luxembourgeoise". Une chaire d'histoire économique et sociale verra-t-elle enfin le jour sous ses égides? Pour le moment en tout cas, le Centre des Migrations par exemple a opté pour une collaboration avec l'Université de Metz, faute de partenaire à l'Université de Luxembourg.

Au vu de ces problèmes très terre à terre, la réalisation d'un réseau de la culture industrielle constitue effectivement un défi. Etonnant quand-même que la problématique du site du nouveau Centre national de la culture industrielle n'ait été qu'effleurée lors de la table ronde. Le contenu du centre ainsi que le contenant - les hauts-fourneaux dont le concept de restauration ne semble pas encore clair du tout - donneraient également matière à discussion.

La semaine prochaine: L'industrie cinématographique

Après avoir connu une évolution impressionnante au cours de ces quinze dernières années, le secteur est aujourd'hui en pleine mutation. Dans son budget 2004, le gouvernement a réduit de 500.000 euros l'enveloppe du Fonds national de soutien à la production audiovisuelle et la Belgique vient d'adopter le système des certificats audiovisuels, qui avait donné un sérieux coup de pouce à l'industrie cinématographique luxembourgeoise. Y a-t'il péril en la demeure?

Sein oder nicht sein

Verschlimmbesserung ist eine der Krankheiten, von der auch dann und wann die arme woxx nicht verschont bleibt. So sollte im Kommentar auf der Seite 1 vergangener Woche aus dem substantivischen "soll ein Beitrag sein" das lesbarere "beitragen soll" werden; am Ende stand das Monstrum "beitragen sein sollte" zu lesen ... und keiner mehr konnte verstehen, was uns denn da überhaupt gesagt werden sollte. Aber auch ansonsten klappte die interne Kommunikation wieder einmal vorzüglich: Eine Notiz zu DHL-Affäre in Brüssel wurde gleich zweimal in der letzten Ausgabe abgedruckt. Es soll ja Zeitungen geben, die alle Jahre wieder den gleichen Artikel zu Neujahr hervorkramen, um über Gott und die Welt zu sinnieren. Die woxx geht einen Schritt weiter und wiederholt den gleichen Artikel in ein und der selben Nummer. So wird nicht nur zweifach Pressehilfe kassiert, der pädagogische Nutzen ist auch nicht zu verwerfen: Etwas was mensch zweimal liest, soll ja auch doppelt so lang im Gedächtnis verweilen.



(renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Corinne Saghuber (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 8.30 - 12.00 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxembourg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 65 € (Ausland zzgl. 26 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 25 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel. 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam Gréngespuun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79